

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1950**

245 (4.11.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2,20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2,50, im Verlag abgeholt 2,20 DM

Badischer Landemann
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 4. November 1950

Nr. 245



Papst Pius verkündet das Marien-Dogma
In einer feierlichen Zeremonie auf dem Petersplatz in Rom erhob der Papst am Tage Allerheiligen die Lehre von der leiblichen Himmelfahrt Mariens zum Glaubenssatz der römisch-katholischen Kirche. Unser Bild zeigt den Heiligen Vater während des Verkündungsaktes.

Große Mehrheit für internationale Streitmacht

52 gegen 5 Stimmen für Siebenmächteplan — Einschneidende Verpflichtungen

Flushing (UP). Die Vollversammlung der Vereinten Nationen sprach sich am Freitag mit überwältigender Mehrheit für die Schaffung einer „veto-sicheren“ internationalen Streitmacht aus. Diese UN-Truppe soll der Vollversammlung im Falle einer Aggression zur Verfügung stehen, wenn Maßnahmen des Sicherheitsrates durch das Veto eines seiner Mitglieder blockiert werden.

Die von den Vereinigten Staaten und sechs weiteren Nationen eingebrachte Resolution wurde mit 52 gegen 5 Stimmen, bei drei Stimmenthaltenungen angenommen. In ihr werden alle UN-Mitgliedstaaten aufgefordert, einen Teil ihrer Streitkräfte zur Bekämpfung eines möglichen Angreifers bereitzustellen.

Zwei weitere Entschließungsentwürfe wurden gebilligt. Erstens: Schnelle Durchführung von Maßnahmen für die Schaffung einer ständigen UN-Streitkraft, die gemäß der Charta dem Sicherheitsrat zur Verfügung stehen wird. Zweitens: Gemeinsame Besprechungen der fünf Großmächte — gegebenenfalls unter Teilnahme anderer Nationen — über Weltprobleme. Beide Entwürfe wurden einstimmig angenommen. Bei der Abstimmung über die Aufstellung einer „Friedenspatrouille der Vereinten Nationen“ — einem Punkt der Siebenmächte-Resolution — gaben sogar die Staaten des Ostblocks „Ja“-Stimmen ab.

Der Siebenmächteentwurf enthält folgende Punkte:

1. Bereitstellung eines Teils der nationalen Streitkräfte jedes Mitgliedstaates unter der Verfügungsgewalt der UN-Vollversammlung, falls ein Eingreifen gegen einen möglichen Angreifer durch ein Veto im Weltfriedensrat verhindert wird;

2. Bildung einer „Friedensüberwachungskommission“ aus Vertretern von 14 Mitgliedstaaten, der die Aufgabe zufällt, der Vollversammlung über internationale Spannungen zu berichten, die sich in einen Krieg ausweiten könnten;

3. Einberufung der Vollversammlung zu einer Sonder Sitzung innerhalb von 24 Stunden auf Ersuchen ihrer Mitglieder oder eines der sieben Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates;

4. Bildung eines „Ausschusses für kollektive Maßnahmen“ mit dem Auftrag, Methoden zur Verhinderung einer Aggression auszuarbeiten;

5. Verpflichtung aller Mitgliedstaaten, ihre Bemühungen um die Wahrung der Menschenrechte zu verstärken und die wirtschaftliche Entwicklung in unterentwickelten Gebieten zu fördern.

Vor den Abstimmungen wurden mehrere sowjetische Zusatzanträge zurückgewiesen, durch die die neuen Vollmachten der Versammlung praktisch wieder aufgehoben worden wären. Der australische Außenminister Pearson wies die Behauptung Wjatschinskis zurück, daß die Sowjetunion sich seit Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea immer wieder um die Beilegung des Konfliktes und die Wiederherstellung des Friedens bemüht habe. Das Interesse des Kreml an einer Einstellung des Feuers sei erst zu erkennen gewesen, als sich die Lage zu Ungunsten der Angreifer gewandelt hatte.

Nach der Abstimmung wurde die Debatte über die Verletzung der Menschenrechte in Ungarn, Rumänien und Bulgarien eröffnet. Der politische Sonderausschuß hat dazu eine Resolution ausgearbeitet, über die später eine

Flüchtlingsforderungen zum Lastenausgleich

Entwurf Schäfflers wird abgelehnt — Sofortabgabe wird gefordert

Bonn (UP). Vier Forderungen des Zentralverbandes vertriebener Deutscher zum Lastenausgleichsgesetz wurden am Freitag vom CDU-Bundestagsabgeordneten Linus Kather der Presse mit der Erklärung vorgelesen, daß der „ZVD“ den Schäfflerschen Entwurf zum Lastenausgleich ablehne.

Die Vertriebenen fordern eine Sofortabgabe für den Lastenausgleich für alle Vermögen über 30.000 DM, während der Bundesfinanzminister an eine Laufzeit der Zahlungen über viele Jahre denkt.

Kather will nach den Wünschen der Vertriebenen statt des Einheitswertes der „Verkehrswert“ eines Vermögens für die Abgabe zugrunde gelegt werden. Auch der Hausrat soll zur Abgabe herangezogen werden. Schließlich verlangt der ZVD eine Vermögenszuwachs-Abgabe für alle seit dem Währungsstichtag angewachsenen Vermögen.

Kather wollte sich nicht zu der Frage äußern, ob er in einer möglichen Erhöhung der Besatzungskosten eine Gefährdung des Lastenausgleichs sehe. Man sollte zunächst einmal abwarten, ob die Besatzungskosten überhaupt erhöht würden.

Der Abgeordnete sprach die Erwartung aus, daß sich die Flüchtlingsabgeordneten der Regierungskoalition zu den Lastenausgleichsforderungen des „ZVD“ bekennen, mit denen auch der Bundesflüchtlingsminister übereinstimme. Die Bildung einer eigenen Flüchtlingsfraktion für den Fall, daß die Forderungen

der Vertriebenen nicht anerkannt werden, hielt Kather für „durchaus möglich“. Er fügte jedoch hinzu, daß es auch bei den Beratungen über den Lastenausgleich nicht ohne Kompromisse gehen werde. Die sogenannten Unklarer Beschlüsse stellen nach seiner Ansicht eine geeignete Diskussionsgrundlage auch für die Vertriebenen dar. Kather wandte sich gegen die im Regierungsentwurf vorgesehene Befreiung des Vermögens der öffentlichen Hand vom Lastenausgleich und forderte eine echte Vermögensverschlebung.

Polizeifrage in der Sackgasse?

Sieben Länder billigten Polizeivertrag

Bonn (UP). Sieben Länder haben bis Freitag dem Staatsvertrag für den Aufbau der Bereitschaftspolizei zugestimmt, darunter Bayern, Baden und Hessen. Ob die übrigen vier Länder den Vertrag wegen verfassungsrechtlicher Bedenken ihren Parlamenten vorlegen wollen, ist in zuständigen Bonner Kreisen noch nicht bekannt. Als einziges Land hat Nordrhein-Westfalen ein klares „Nein“ ausgesprochen mit dem Hinweis, daß es erst seine eigenen Polizeikräfte reorganisieren müsse. Damit ist bereits die Gefahr gegeben, daß das gesamte Problem der Bereitschaftspolizei vorläufig in eine „Sackgasse“ gerät.

US-Gutachten über die Bundesbahn

20.000 Eisenbahner sollen „eingespart“ werden

Offenbach (UP). Ein Gutachten über die Deutsche Bundesbahn hat die amerikanische Firma Coverdale and Colpitts fertiggestellt und der deutschen Bundesregierung vorgelegt. Wie verlautet, sind in dem Gutachten Vorschläge für Einsparungen und für eine Reorganisation der deutschen Eisenbahn enthalten, von denen einige von der Bundesbahn sofort verwirklicht werden können. Sieben Anregungen bedürfen jedoch der Genehmigung der Bundesregierung. Nach diesen sieben Punkten sollen die Tarife für Zeitkarten um 30 Prozent erhöht werden. Tarife, die unter dem Selbstkostenpreis liegen, sollen dem Selbstkostenstand angeglichen werden.

In dem Gutachten wird weiter empfohlen, bis zum Ende des nächsten Jahres 20.000 Beamte und Angestellte der Bundesbahn einzusparen. 4000 Bahnpolizisten sollen dem Bund zur Verfügung gestellt werden. In dem Gutachten wird besonders unterstrichen, daß das Direktorium der Bundesbahn von der Regierung und anderen Körperschaften unabhängig sein müsse.

Begegnung Adenauer — McCloy

Am Montag Besprechungen über aktuelle Probleme

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer trifft am Montag mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy zu einer Unterredung über aktuelle Probleme an einem bisher noch nicht bekannten Ort zusammen.

In alliierten Kreisen wird angenommen, daß der Bundeskanzler im Verlauf dieser Konferenz Gelegenheit nehmen wird, mit McCloy über das bisherige Ergebnis der Washingtoner Beratungen der „Atlantikpakt“-Minister zu sprechen.

Hierbei dürfte auch die Ankündigung Außenminister Achesons über eine Beteiligung Bonns an den Verteidigungsberatungen diskutiert werden. Weder von deutscher noch von alliierter Seite war zu erfahren, ob McCloy dem Bundeskanzler bei dieser Besprechung schon die Möglichkeit einer solchen deutschen Mitwirkung aufzeigen wird.

Ein Sprecher der Bundesregierung sagte in diesem Zusammenhang, daß von angeblichen Reiseplänen Dr. Adenauers nach Paris im Bundespresseamt nichts bekannt sei. Gleichzeitig veröffentlichte das Bundespresseamt eine Erklärung, in der betont wird, daß die Bundesregierung es nicht für notwendig halte, an Beratungen über einen deutschen militärischen Beitrag teilzunehmen. In Bonner Regierungskreisen war von dieser Möglichkeit bereits am Mittwoch gesprochen worden. Die gegenteilige offizielle Erklärung wird in parlamentarischen Kreisen Bonn so ausgelegt, daß der Bundeskanzler vor der außenpolitischen Debatte des Bundestags von sich aus keinen Schritt in Richtung auf eine deutsche Beteiligung an der Verteidigung Europas unternehmen wolle, ehe nicht von den Alliierten offiziell der Wunsch an Bonn herangetragen worden sei. Am Donnerstagabend meinte man in der Umgebung des Kanzlers, daß sich in absehbarer Zeit durchaus ein direkter Meinungsaustausch zwischen Paris und Bonn über die französische Haltung ergeben könne. Ein direktes deutsch-alliiertes Gespräch wird sich, so vermutet man, überhaupt erst nach Abschluß der außenpolitischen Debatte im Bundestag ermöglichen lassen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer, der am Samstag den Landtagswahlkampf der CDU in Württemberg-Baden mit einer Großkundgebung im Stuttgarter Althoff-Bau eröffnet, wird bei dieser Gelegenheit auch mit Landesbischof I. R. Wurm und dem Bundestagsabgeordneten Dr. Gerstenmaier zusammenreffen.

Politik zur Geisterstunde

Von G. Landmann

Athen

Der zurückgetretene griechische Ministerpräsident Venizelos hat im Auftrag König Pauls eine Koalitionsregierung zwischen den Liberal-Demokraten und den Sozialisten über die rechtserhaltende Populistpartei des früheren Premierministers Tsaldaris neu gebildet. Neben der Aufdeckung von Schleichungen in Piräus, an denen Mitglieder der Liberalen und der Populisten-Partei beteiligt gewesen sein sollen, wird für den Sturz der Regierung Venizelos, ihre dauernde politische Labilität und die Tatsache geltend gemacht, daß sie an der Macht gewesen sei, als die Vereinigten Staaten die Marshallplanhilfe für Griechenland um 57 Millionen Dollar kürzten.

Ein Regierungswechsel ist im heutigen Griechenland zu einer alltäglichen Angelegenheit geworden. Niemand regt sich deswegen besonders auf, am allerwenigsten die breite Öffentlichkeit. Man weiß, es ist nachgerade unvermeidlich geworden, daß ein Minister dem anderen die Türklücke in die Hand drückt und in regelmäßigen Zeitabständen irgendein Politiker vom König mit der Neubildung der Regierung beauftragt wird. Währenddessen bleiben im Grunde stets die gleichen Männer im Kabinett, da sie meist nur ihre Portfeuille untereinander austauschen, ohne daß eine wesentliche Änderung des politischen Kurses damit verbunden ist.

Es ist bezeichnend, daß dem Sturz einer Regierung kaum eine nennenswerte Parlamentsdebatte, Zeitungspolemik oder etwa eine politische Verschwörung vorangeht. Ebenso bezeichnend ist aber, daß das periodische Kommen und Gehen der Regierungen weder das öffentliche Leben zu beeinflussen, noch die Struktur der Staatsbürokratie zu erschüttern vermag.

Der Regierungswechsel vollzieht sich in einem Palast, der mit einer Front den größten Platz von Athen flankiert, mit der anderen in die vornehme, baumbestandene Kefiss-Strasse blickt, wo sich faggen geschmückte Ministerien, ausländische Gesandtschaften und viele schmucke Villen und Geschäftshäuser befinden. Tritt am Abend eines nicht besonders ereignisreichen Tages eine Regierung zurück, erfolgt auf Geheiß König Pauls die Neubildung am darauffolgenden Morgen zu den Klängen eines Musikkorps der „Euzones“ in ihren charakteristischen Uniformen. Alle griechischen Regierungsmänner besitzen ungefähr dasselbe politische Programm. Sie vertreten — wenn auch mit verschiedenenartigen Formulierungen — ungefähr die gleichen Ideale, Sozialforderungen und fortschrittlichen Ziele. Der neue Ministerpräsident, der oft zum zweiten oder gar dritten Mal dieses Amt übernimmt, stellt sich alsdann im Kreis der „alten Garde“ dem Parlament vor. Einzig die Opposition zur Linken hielt sich bisher diesem Schauspiel fern.

Im Parlament sitzen 250 Abgeordnete. Treten sie zu einer Sitzung zusammen, versammelt sich regelmäßig vor dem hohen Gittertor des Parlaments eine kleine Volksmenge, die neugierig dem Defilee der vielen prachtvollen amerikanischen Wagen belohnt und Beifall klatscht, wenn die politischen Kondottiere sich zur Session begeben. Eine größere Volksmenge sitzt geduldig um die Kaffeestaute im Freien und folgt nicht minder neugierig dem Einzug der Minister und Kammerabgeordneten. Wer über den jeweiligen Verlauf der Parlamentsverhandlungen aus „direkter Quelle“ unterrichtet zu werden wünscht, wendet sich an die diensttuenden Polizisten in Khakiuniform vor dem Gittertor, die genau wissen, wer gerade zur Tagesordnung spricht.

Wenn der Premier das Wort hat, dann lautet die Frage aller: „Wer weiß, ob er das Vertrauensvotum stellen wird?“ — oder — „Wird die neue Regierung die Stimmenmehrheit erhalten?“ Trifft letzteres nicht zu, dann sagen die Polizisten mit einem gleichgültigen Achselzucken: „Sie wurde gestürzt“, oder wenn der Regierungssieg mit einer knappen Mehrheit erkauft werden konnte, lautet ihr kurzer Kommentar: „Sie bleibt am Ruder.“ Stürzt die Regierung, dann geht ein gedämpftes Raunen durch die Menge.

An den Kaffeetaischen wird die Tages-session leidenschaftlich diskutiert. Man kann dann Spezialisten in parlamentarischer Routine zuhören, die genau zu erklären wissen, warum durch eine leichte Verschiebung innerhalb einer kleinen Gruppe von Abgeordneten ein Mißtrauensvotum zustande kam, und weshalb der Sturz unvermeidlich wurde. Sie wissen aber auch überzeugend zu berichten, daß das Schicksal der Regierung bereits am Vorabend der Parlamentsitzung in einem der exquisiten politischen Salons von den eigentlichen Drahtziehern der hohen Politik zwischen einem Glischen „USO“ und einem türkischen Kaffee besiegelt worden sei.

Man muß nämlich wissen, daß die politischen Salons in Athen vielfach den Ton angeben.

